Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

7 (9.1.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. XII. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 7 | **Mittwoch, den 9. Januar 1935** | **106. Jahrgang**

Uebernahme der badischen Justiz auf das Reich

bld. **Karlsruhe,** 8. Jan. Am Dienstag um die Mittagsstunde ist auch in Baden die Uebergabe der Justizverwaltung an das Reich freudigen Herzens und in unumwundener Anerkennung dessen, wasd ie nationalsozialistische Bewegung in so kurzer Zeit unter der genialen Führung Adolf Hitlers für die Reichseinheit zu vollbringen vermochte, vollzogen worden.

Im festlich beleuchteten und mit Lorbeer und Blattpflanzen ausgeschmückten Plenarsaale des früheren Landtages vereinigten sich die Mitglieder der Regierung mit den höheren Justizbeamten des Landes, den leitenden Beamten der Ministerien, den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, den Vertretern der Partei und ihrer Gliederungen, den Spitzen der öffentlichen Körperschaften, den Vertretern der badischen Hochschulen und der Stadtverwaltung zu einem feierlichen Staatsakt. Kurz zuvor war Reichsjustizminister Dr. Gürtner mit den Herren seiner Begleitung hier eingetroffen und im Hotel „Germania" abgestiegen, wo er vom Reichsstatthalter Robert Wagner, dem Ministerpräsidenten Köhler und dem Justizminister Dr. Wacker abgeholt und zum früheren Landtagsgebäude geleitet wurde. Dort hatten in der Ritterstraße eine Ehrenhundertschaft der Landespolizei mit Musik sowie ein Ehrensturm der SA. Aufstellung genommen. Der Reichsjustizminister und der Reichsstatthalter schritten unter den Klängen des Präsentiermarsches die Fronten ab und begaben sich sodann in den vollbesetzten Sitzungssaal.

Nach einem Orchestervortrag ergriff zunächst Ministerpräsident Köhler das Wort, um den Reichsjustizminister herzlich zu begrüßen und zugleich den beiden Männern zu danken, die zuletzt an der Spitze der badischen Justizverwaltung gestanden haben: dem kommissarischen Justizminister Rupp und dem späteren Justizminister Dr. Wacker.

Hierauf betrat Justizminister Dr. Wacker das Rednerpult. Er führte aus, das Gesetz betr. die Ueberleitung der Länderjustizverwaltungen auf das Reich und der 1. Januar 1935 seien Marksteine in der Geschichte des Dritten Reiches. Es erfülle uns mit Freude und Stolz, daß das Werk der Ueberleitung in so kurzer Zeit gelingen konnte.

Der Minister warf dann in großen Zügen einen Rückblick auf die Entwicklung des badischen Rechtslebens und stellte fest, daß unser Grenzland Baden immer am ersten Platze gestanden hat, wenn es galt, für den Reichsgedanken einzutreten. Wer ein starkes Deutschtum wolle am Oberrhein, der müsse ein starkes Reich wollen. Gerade an der Grenze schlage das deutsche Herz am lautesten.

Der Minister knüpfte daran die Versicherung, daß die bisherige badische Justizbeamtenschaft stolz darauf sei, Diener des ganzen Volkes zu sein und legte zum Schluß sein Amt als Justizminister in die Hände des Reichsstatthalters zurück.

Es sprach nunmehr Reichsjustizminister Dr. Gürtner. Er führte u. a. aus:

Für mich ist es ein tiefes und großes Erlebnis gerade auf diesem Boden ein so aus dem innersten Herzen kommendes Bekenntnis zum Deutschen Reiche und seiner Größe zu hören. Die Sehnsucht nach einem innerlich starken Reiche ist so alt wie die deutsche Geschichte. Daran erinnern uns die Dichter, die Minnesänger und die Sänger der Befreiungskriege, aber auch die uralten Volkssagen. Die Sehnsucht nach einem einigen starken Reich ist nicht nur historisch belegt, sondern für uns alle ein lebendiges Geschehen. Wir haben auch in den letzten 15 Jahren einen Kampf um die Neugestaltung des Deutschen Reiches erlebt, allein man hat die Probleme nicht lösen können.

Die Frage der Reichsreform war zu einem Kampfe um die Macht geworden. Der Nationalsozialismus hat von seinen Uranfängen an sich als größtes innerstaatliches Ziel gesetzt: die Gestaltung des Reiches nach einer von historischen Bindungen nicht mehr belasteten Idee. Die Losung lautete: Ein Volk, ein Reich!

Mit dem 30. Januar 1933 war die Grundform des neuen Reiches entschieden. Was wir heute tun, ist keine politische Entscheidung, sondern Vollzug einer vor zwei Jahren gefallenen Grundentscheidung.

Reichsminister Dr. Gürtner wies dann darauf hin, daß die Uebernahme der Justizverwaltung auf das Reich nicht bedeute, daß nun alle Justizverwaltungsgeschäfte zentralisiert würden. Wir wollen das Verwaltungsleben in den Gauen nicht entseelen. Jede Zentralbehörde, die so verfahren würde, müßte in kurzer Zeit zu vollkommener Bedeutungslosigkeit versinken. Die Uebernahme der Justizverwaltung bedeute auch nicht, daß sich in den persönlichen Verhältnissen der Beamtenschaft etwas ändert. Die Landesbeamten werden allerdings in allerkürzester Zeit zu Reichsbeamten werden und in diesem Augenblick fallen natürlich die innerdeutschen Grenzen für die Verwendung. Das heißt aber nicht, daß in der nächsten Zeit mit großen Beamtenwanderungen gerechnet werden muß. Daran werde nicht gedacht.

Eines, so fuhr der Reichsjustizminister fort, will ich offen bekennen: Ich erblicke in dem Wegfall der innerdeutschen Grenzen einen Vorteil bei der Verwendung unseres Nachwuchses. Die jungen Juristen sollen Wanderjahre haben. Das Zusammenwachsen mit dem Volke hat zur Voraussetzung, daß möglichst viele die deutschen Lande kennen lernen. Ich erhoffe mir von der Verwendung des Nachwuchses außerhalb der Heimat eine Ertüchtigung der Richter und Staatsanwälte, und ich bin sicher, daß diese Absicht den Beifall der Jugend findet.

Wenn ich nun heute die badische Justizverwaltung zur Betreuung übernehme, so geschieht es mit Dank und Anerkennung der Pflichttreue der badischen Justizbeamten. Ich gedenke aber auch dankbar in ehrfurchtvoller Anerkennung dessen, was Baden für das Zustandekommen des Reiches im 19. Jahrhundert geleistet hat. Ueberdies hatte ich oft Gelegenheit, das fortschrittliche Denken der badischen Justizverwaltung festzustellen. Dr. Gürtner erinnerte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen daran, daß der Führer wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, welch großen Anteil die Rechtspflege an der Größe und Ehre, ja an der Weltgeltung und Weltachtung eines Volkes habe. Jeder dürfe von dem stolzen Bewußtsein erfüllt sein, daß er zu seinem Teil beitragen darf an der Verwirklichung eines Werkes von so großer geschichtlicher Bedeutung, daß es für uns Zeitgenossen in seinen Auswirkungen noch nicht abgeschätzt werden kann.

Der Reichsjustizminister schloß: Ich übernehme aus Ihren Händen die badische Justizverwaltung und danke Ihnen für die Worte, die Sie an das Reich und seine Vertreter gerichtet haben. Herr Ministerialdirektor Thiesing, ich übergebe Ihnen hiermit die Verwaltung der badischen Justiz. Alle badischen Staats- und Regierungsstellen, insbesondere auch die Justizbeamtenschaft, möchte ich bitten, meinem Beauftragten mit dem gleichen Vertrauen zu begegnen, das ihn meinerseits begleitet, damit wir alle rasch und reibungslos die uns vom Führer gestellte Aufgabe lösen können.

Ministerialdirektor Dr. Thiesing dankte für das bewiesene Vertrauen und erbat die Unterstützung der Beamtenschaft.

Darnach nahm Reichsstatthalter Robert Wagner das Wort. Er führte aus: Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Herr Minister Dr. Wacker für Ihre vorbildliche Arbeit Dank und Anerkennung zu sagen. Zugleich danke ich der Beamtenschaft der badischen Justiz für ihre hervorragenden Leistungen im Sinne der deutschen Rechtspflege. Die nationalsozialistische Bewegung, so erklärte der Reichsstatthalter weiter, sei die Fortsetzung des großen Ringens im Weltkriege um die Gestaltung der deutschen Nation und des neuen Reiches. Die nationalsozialistische Revolution habe den Weg zu Deutschland freigemacht, es gab nur noch ein Ziel: Ein Volk, eine Nation! Das deutsche Volk werde seine Einigkeit erhalten, wenn es seinem Führer folgt. Der Herr Reichsjustizminister solle wissen, daß uns dieser Tag ein Tag der Freude und des Stolzes ist. Er möge die badische Justizverwaltung in der Ueberzeugung übernehmen, daß hier am Oberrhein 2½ Millionen Deutsche leben, von dem heißen Wunsche beseelt, Glieder eines einigen und starken Deutschlands zu sein und mitbauen zu dürfen an dem tausendjährigen Dritten Reiche Adolf Hitlers. Der Reichsstatthalter gedachte in diesem Zusammenhang des heroischen Kampfes um die deutsche Saar und schloß: Es lebe Deutschland, es lebe der Führer Adolf Hitler! Brausend durchhallte das Sieg Heil den Saal. Mit dem Gesang der ersten Strophen des Saarliedes und der deutschen Nationalhymnen war die erhebende Kundgebung des deutschen Einheitsgedankens beendet.

*

Ein historischer Tag für die badische Justiz

Grüße des Reichsjustizministers an das bad. Volk. — Deutsche Justiz und Reichsreform. — Keine schematische Zentralisierung und keine Massenverschiebung von Beamten.

bld. **Karlsruhe,** 8. Jan. Vor dem Festakt im ehemaligen Badischen Landtag, in dessen Verlauf die Uebernahme der badischen Justizverwaltung auf das Reich offiziell vollzogen wurde, fand im Hotel Germania ein Empfang von Vertretern badischer Zeitungen statt. Der Pressereferent des Reichsjustizministeriums, Oberregierungsrat Dr. Doerner — ein Badener — überbrachte dabei dem badischen Volke die herzlichsten Grüße des Reichsjustizministers Dr. Gürtner und verwies dann in seinen folgenden Ausführungen darauf, wie der Wunsch nach Schaffung einer einheitlichen Reichsgewalt auf dem Gebiete der Justiz, die Einheitssehnsucht deutschen Rechtsdenkens, im Grunde vielleicht Jahrhunderte alt ist. Heute stünden wir nun vor der Erfüllung dieses heißen Wunsches aller guten Deutschen. Die bisherigen Versuche, zu einer „Reichsreform" zu gelangen, scheiterten früher nicht nur an der Schwäche der Reichsgewalt, sondern hauptsächlich auch deshalb, weil es an einer größeren leitenden Idee fehlte und weil ihr Ergebnis nur Kompromisse zwischen streitenden Parteien waren. Dem Nationalsozialistischen Reich Adolf Hitler's blieb es vorbehalten, das Ziel einer starken Reichsgewalt, deren Arme bis in das letzte deutsche Dorf reichen, zu verwirklichen.

Die deutsche Justiz ist in der allgemeinen Entwicklung zur Reichsreform an der Spitze marschiert. Der Auftrag des Führers an den Reichsjustizminister, aus den 17 verschiedenen deutschen Landesjustizverwaltungen eine starke deutsche Reichsjustiz zu machen, wurde derart beschleunigt und ohne jegliche Erschütterungen der Rechtspflege durchgeführt, daß wir heute bereits den größten Teil des Weges zur Reichsjustiz zurückgelegt haben. Die Fundamentlegung der deutschen Reichsjustiz erfolgte am 30. Januar 1934, nachdem an diesem Tage die Justizhoheit der Länder auf das Reich übergegangen war. Den nächsten Schritt in der Entwicklung bildete das Erste Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934. Es brachte die Freizügigkeit der Rechtsanwälte und der materiellen Urkunden, ordnete an, daß alle deutschen Gerichte Recht im Namen des deutschen Volkes sprechen und ermächtigte den Reichsminister der Justiz, alle Maßnahmen zu treffen, die durch den Uebergang der Justizhoheit auf das Reich erforderlich wurden. Es folgte dann die Verschmelzung der Justizministerien des Reiches und Preußens zu einer organischen Einheit und schließlich wurden die Justizverwaltungen des Reiches und der Länder in der Spitze zu einer einheitlichen Reichsjustizverwaltung vereinigt. Was in der Hauptsache noch zu tun bleibt, hat im Wesentlichen behördenmäßig-technischen Charakter. Bis das Endziel der Reichsreform erreicht ist, sind vom Reichsjustizminister für einige wenige Länder, darunter auch Baden, Beauftragte bestellt worden. Der Beauftragte für Württemberg und Baden, Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Dr. Thiesing, der von Ministerialrat im Reichsjustizministerium Willers unterstützt wird, hat die befristete Aufgabe, die vollständige und restlose Ueberführung der badischen Justizverwaltung auf das Reich vorzubereiten.

Mit dem 1. Januar 1935 hat das Reich eine Reihe von Rechtsgebieten zur zentralen Bearbeitung an sich gezogen und den zuständigen Abteilungen des Reichsjustizministeriums in Berlin überwiesen. Dazu gehört zum Beispiel die Betreuung der Strafrechtspflege, die Verwaltung des Auslieferungswesens und der gesamten zwischenstaatlichen Rechtshilfe in Strafsachen, der Strafvollzug, die Verwaltung der Gefängnisse u. a. m. Alle diese Wirkungsgebiete sind von dem Tätigkeitsbereich der Beauftragten ausgenommen. Diese haben praktisch nur noch Aufgaben auf dem Gebiete der Personalverwaltung und der Betreuung der Zivilrechtspflege.

Der nächste Schritt auf dem Wege zur Reichsjustiz wird sein die Aufhebung der Außenabteilungen des Reichsjustizministeriums und die Uebernahme der Justizhaushalte der Länder auf das Reich. Hand in Hand mit der Neuorganisation der Rechtspflege geht die Verreichlichung des vielfach noch sehr zersplitterten Justizverwaltungsrechts. Mit besonderem Nachdruck betonte Oberregierungsrat Dr. Doerner, daß mit der fortschreitenden Verreichlichung der Justiz und dem allmählichen Abbau der Beauftragten des Reichsjustizministers keine schematische Zentralisierung sämtlicher Justizgeschäfte in Berlin verbunden ist. Es könne keine Rede davon sein, daß alle Geschäfte, die bisher in den Justizministerien der Länder erledigt wurden, nun in der Reichszentrale in Berlin bewältigt werden könnten. Das würde das Reichsjustizministerium nur zu einem seelenlosen Großbetrieb machen. Die Entwicklung ist daher auf eine weitgehende Uebertragung von Zuständigkeiten auf die Heimatbehörden, die Präsidenten der Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwälte, zum Teil auch an nachgeordnete Behörden gerichtet. Die Justiz wird im Einklang mit dem Volksempfinden arbeiten, und der Stammeseigenart der deutschen Länder wird Rechnung getragen. Das wird auch auf dem Gebiet der Personalverwaltung der Fall sein. Es müsse klar ausgesprochen werden, daß keinerlei Grund zu irgend einer Beunruhigung für die Justizbeamtenschaft Badens besteht. Soweit das badische Justizministerium in Frage kommt, wird ein Teil der bisherigen Sachbearbeiter in die Reichsjustizverwaltung nach Berlin übernommen. Außer Regierungsrat Dr. Schafheutle, der schon seit längerer Zeit als Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium beschäftigt ist, ist aus Baden in diesen Tagen Erster Staatsanwalt Dr. von Schröter in das Reichsjustizministerium einberufen worden. Nach dem Willen des Reichsjustizministers Gürtner soll das Reichsjustizministerium ein getreues Abbild sämtlicher deutschen Länder werden, und es wird die besten juristischen Köpfe aus dem ganzen Deutschen Reich in sich vereinigen. Damit wird das Ideal des Nationalsozialistischen Einheitsstaates verwirklicht. Reichsminister Dr. Gürtner hat ferner nachdrücklich betont, daß Massenverschiebungen von Beamten von einem Land in das andere nicht in Frage kommt. Anders soll es allerdings mit dem juristischen Nachwuchs werden. Es sei kein Zweifel, daß für die jungen Rechtsdiener Wanderjahre innerhalb des gesamten Reiches von außerordentlicher erzieherischer Bedeutung sind und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls aller deutschen Stämme wesentlich beitragen.

Wichtiger als die Umorganisation der deutschen Rechtspflege ist der Geist, der sie beseelen soll. Wenn die große Rechtsreform durchgeführt und das nationalsozialistische Rechtswollen verwirklicht sein wird, wird ein großer Schritt auf dem Wege zur

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erreichung des höchsten nationalen Zieles getan sein, der Schaffung eines einigen, starken Dritten Reiches, eines in der Welt geachteten deutschen Rechtsstaates, dessen oberster Hüter und Garant Adolf Hitler ist.

Oberregierungsrat Dr. Doerner betonte am Schlusse seiner Darlegungen, daß die Feiern in München und Stuttgart keinen traurigen Abschied, sondern stolze Festtage der Landesjustiz darstellen. Wenn heute Reichsjustizminister Dr. Gürtner die badische Justiz auf das Reich übernehme, so werde er das mit hoher Achtung vor der **stolzen Ueberlieferung badischen Rechtslebens** in dankbarem Gedenken und in ehrfurchtsvoller Erinnerung an die großen Leistungen der badischen Justiz, auch in ernsten Zeiten tun. Man werde im Reich nie vergessen, daß in der Grenzmark Baden auch unter schwierigen Verhältnissen in der Justiz Ordnung herrschte und daß das Wort von der Vertrauenskrise der Justiz sicherlich für Baden nie zugetroffen hat. Es sei kein Zweifel, daß die große Kraft und Stärke, die in dieser badischen Tradition begründet liege, auch für das Reich und die Reichsjustiz nutzbar gemacht werde.

Am Schlusse seiner Rede übermittelte Oberregierungsrat Dr. Doerner im Auftrag von Dr. Gürtner der gesamten badischen Justizbeamtenschaft einschließlich der Angestellten und Arbeiter seine besonderen Grüße in der festen Zuversicht, daß alle, die in der badischen Justiz tätig sind, in der alten bewährten Pflichttreue auch unter der neuen Führung arbeiten werden, zum Wohl des Reiches, zum Segen des Volkes, so wie es unser Führer Adolf Hitler will.

Uebernahme der hessischen Justizverwaltung durch das Reich

DNB. **Darmstadt**, 9. Jan. Im Festsaal des Alten Palais in Darmstadt fand am Dienstag die feierliche Uebernahme der hessischen Justizverwaltung auf das Reich durch den Staatssekretär Dr. Freisler statt.

Der hessische Staatsminister Jung sagte in seiner Begrüßungsansprache, die Uebergabe der hessischen Justizverwaltung in die Hände des Reichsjustizministers bedeute ein freudiges Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat.

Anschließend hob der Reichsstatthalter in Hessen, Gauleiter Sprenger, hervor, daß gerade in Hessen die Vereinheitlichung mit besonderer Wärme in der Kampfzeit vorgetragen worden sei. Das Volk im Gau Hessen-Nassau sei durch nationalsozialistische Erziehungsarbeit soweit, daß es die Reichsreform von sich aus fördere.

Staatssekretär Dr. Freisler dankte namens des Reichsjustizministers für die entscheidende Vorarbeit, die in Hessen geleistet worden sei. Die Uebernahme der Rechtswahrung auf das Reich, die er hiermit namens des Herrn Reichsministers der Justiz auch in Hessen vollziehe, werde in einer organischen Weise durchgeführt.

Die Kältewelle über Mitteleuropa

Berlin, 8. Jan. Die strenge Kälte über Nord-, Mittel- und Ostdeutschland dürfte aller Voraussicht nach noch einige Tage anhalten. In Berlin rechnet man für die Nacht zum Mittwoch mit einer Verschärfung des Frostes auf 10 bis 15 Grad je nach der Bewölkung. Die Kältewelle ist zurückzuführen auf ein kräftiges Hochdruckgebiet, das über Inner-Rußland lagert und dessen Kern den ungewöhnlichen Luftdruck von 788 Millimeter hat. Mitteleuropa liegt am Südwestrande dieses Hochdruckgebietes und bekommt die außerordentlich kalte Luft mit östlichen Winden herüber. Die Temperaturen in Rußland liegen zur Zeit zwischen 20 und 40 Grad Kälte, stellenweise aber auch noch tiefer. Königsberg hatte am Dienstag morgen 19, Danzig 18, Stettin 16 Grad Kälte; besonders in Hinterpommern ist der Frost außerordentlich scharf. Da vom Mittelmeer und vom Balkan in allerdings nicht erheblichen Mengen wärmere Luftmassen hinzukommen, dürften alsbald, besonders in Schlesien, Schneefälle einsetzen, die im übrigen auch für Mitteldeutschland und für Berlin durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen. Westdeutschland hatte am Dienstag früh durchweg nur mäßigen Frost mit wenigen Graden unter Null. Es wird auch dort die Kälte jetzt schon stärker.

*

Kältewelle in Polen

Warschau, 8. Jan. In der Nacht zum Montag ist in ganz Polen eine überraschende Kältewelle eingetreten. Während am Sonntag noch verhältnismäßig warmes Wetter herrschte, sanken am Montag die Temperaturen auf 20 bis 26 Grad Kälte, in Ostpolen sogar bis auf 30 Grad. Infolge des überraschenden Frostes meldeten sich auf den Rettungswachen mehr als 50 Personen mit erfrorenen Ohren, Nasen, Füßen oder Händen. Auf einer kleinen Bahnstation in der Nähe von Warschau wurde eine fast völlig erfrorene Frau aufgefunden, die in sehr bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft wurde.

Was geht an der lothringischen Saargrenze vor?

DNB. **Saarbrücken**, 8. Jan. Im Saargebiet kam es am Dienstag zu außerordentlich beunruhigenden Vorgängen. An der ganzen lothringischen Grenze entlang sind auf Anordnung des Direktors des Innern, Heimburger, die Landjägerposten zurückgezogen und auf das rechte Saarufer gelegt worden. Da auf der linken Saarseite auch keine Truppen liegen, die ausländischen Truppen vielmehr alle rechts der Saar stationiert sind (mit Ausnahme von 100 Italienern in Saarlouis), ist also der Teil der Kreise Saarlouis und Saarbrücken auf dem linken Saarufer von allen Sicherheitskräften entblößt. Gleichzeitig hat die Bevölkerung festgestellt, daß die französischen Grenzposten der Garde Mobile verstärkt worden sind. Ferner ist in den letzten Tagen bei Oberesch französische Kavallerie, so auch heute, an der Grenze aufgetaucht.

Bei der Aufhebung der Landjägerposten handelt es sich um die ständigen Landjäger, die in den betreffenen Ortschaften wohnen und dort seit Jahren Dienst tun. Im Landkreis Saarbrücken sind folgende Landjägerposten eingezogen worden: Emersweiler, Naßweiler, St. Nikolaus, Karlsbrunn, Lauterbach, Groß-Rosseln, alles Orte, die im Warndt liegen, und zwar überall dort, wo dichtester Wald die Grenze besonders unübersichtlich macht. Ferner sind südlich von Saarbrücken ebenfalls auf dem linken Saarufer die Posten Hanweiler, Klein-Blittersdorf und Schönecke eingezogen worden. Im Kreise Saarlouis, im sogenannten Gau, sind eingezogen worden die Posten Bieringen, der Posten gegenüber dem lothringischen Grenzort Waldwiesen und der Posten in Oberesch. Auf dem rechten Saarufer sind in der Verteilung der Landjäger keinerlei Aenderungen erfolgt, da es sich um eine einseitige Maßnahme auf dem linken Saarufer handelt. Es ist dabei zu bemerken, daß die hoch gelegenen Teile der genannten beiden Kreise der Warndt und der Gau von französischer Seite in den letzten Jahren mehrfach als strategisch für Frankreich außerordentlich wichtig bezeichnet worden sind, weil man von hier aus eine Uebersicht weit in das Saarland hinein hat. Es ist nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung hieraus, sowie aus den heutigen Vorgängen Schlüsse zieht, die eine gespannte Lage schaffen, ohne daß schon eine akute Gefahr für das Saargebiet zu bestehen brauchte. In Lauterbach und in Ludweiler sind die Landjägerposten durch Polizeiposten ersetzt worden, die sich aus Elementen rekrutieren, die seinerzeit von der Regierungskommission im wesentlichen aus Emigranten angeworben worden sind. Die Bevölkerung steht diesen Polizeiposten mit stärkstem Mißtrauen gegenüber.

Die Tatsache der Zurückziehung der Landjägerposten und der Verstärkung der französischen Grenzwachen, sowie des — vielleicht durchaus zufälligen — Auftauchens französischen Militärs an der Grenze haben eine ganz außerordentliche Beunruhigung in die Bevölkerung getragen. Dazu kommt, daß auf dem rechten Saarufer von den 3050 Mann ausländischen Militärs 2950 Mann untergebracht sind, auf der linken Seite aber nur 100 Mann. Die geschilderten Maßnahmen sind nicht zuletzt auch deswegen bemerkenswert, weil die saarländische Separatistenpresse seit einigen Tagen von „Wahlbomben" von deutscher Seite spricht und andererseits der ehemalige christliche Gewerkschaftler Kuhnen gerade in den letzten Tagen das Gespenst eines französischen Gewaltstreiches auf das linke Saarufer an die Wand gemalt hat, um damit seiner Aufforderung, für den Status quo zu stimmen, Nachdruck zu verschaffen.

Eine Nachfrage bei dem Direktor des Innern der Regierungskommission, Herrn Heimburger, war ungewöhnlich aufschlußreich. Einmal behauptete Herr Heimburger, die Landjäger auf der linken Saarseite seien zurückgezogen worden, weil diese Zahl viel zu groß gewesen sei und weil sie anderwärts gebraucht würden. Es ist seltsam, daß Herr Heimburger dies erst jetzt wenige Tage vor der Abstimmung feststellen kann. Einige Minuten später behauptete Herr Heimburger, er habe von allen diesen Maßnahmen gar keine Ahnung, er müsse sich einmal informieren, was denn eigentlich geschehen sei, und seine Referenten fragen. Dazu kommt als dritte Lesart, daß die Landjäger „zum Schutze des rechten Saarufers gebraucht würden" — aber gegen wen, konnte nicht gesagt werden. Allein diese zwiespältige Haltung des Herrn Heimburgers hat das Mißtrauen noch erheblich gestärkt.

Es erhebt sich hier die Frage: Wer ist mit wem im Bunde? Die Bevölkerung hat das Recht, Klarheit zu verlangen über Maßnahmen, die sie von jedem polizeilichen Schutz entblößen und die sogar die Möglichkeit geben — wie dies vor einiger Zeit schon einmal geschehen ist —, daß kommunistische Rollkommandos aus Lothringen ungehindert die Grenze überschreiten und die deutsche Bevölkerung terrorisieren. Das Mißtrauen gegen den französischen Direktor des Innern, Heimburger, dessen Ersetzung durch eine neutrale Persönlichkeit schon mehrfach gefordert worden ist, ist jedenfalls auf das Aeußerste gestiegen. Auch die Regierungskommission müßte endlich erkennen, daß die Saarbevölkerung in einer solchen Zeit der Spannungen besonderer Rücksichtnahme bedarf in einem Grenzgebiet, in dem selbst harmlose Vorgänge von der Bevölkerung ganz anders gewertet werden.

Weitere Landjägerposten auf dem linken Saarufer eingezogen.

DNB. **Saarbrücken**, 9. Jan. Nachdem am Dienstag nachmittag der größte Teil der Landjägerposten an der lothringisch-saarländischen Grenze, und zwar an jenem Teil, der links der Saar liegt, eingezogen worden war, sind im Laufe des Abends auch die restlichen Landjägerposten aus ihren Standorten abberufen und auf die rechte Saarseite gelegt worden. Es handelt sich um folgende Landjägerposten im Kreise Saarlouis: Ueberherrn, Leidingen, Ehn, Fürweiler und Oberesch. Wie sich jetzt herausstellt, sind diese Abberufungen ausdrücklich durch eine Verfügung der Direktion des Innern der Regierungskommission erfolgt. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf den Direktor des Innern, Heimburger, der noch am Nachmittag behauptet hatte, er habe von den Verlegungen der Landjägerposten keine Ahnung.

Schwache Beteiligung an der Vorabstimmung

Saarbrücken, 8. Jan. Auch am Dienstag ging die Vorabstimmung im Saargebiet nur unter sehr mäßiger Beteiligung vor sich. In einigen Teilen des Gebietes haben fast ausschließlich die dazu verpflichteten Landjäger und die blaue Polizei abgestimmt. So meldet man aus dem Kreise Ottweiler eine sehr schwache Beteiligung. Als reichlich unverständlich und wenig glücklich fiel überall auf, daß in dem zur Vorbereitung für den Landkreis Saarbrücken bestimmten Wahllokal, der Kreissparkasse, die Wahlurne vollständig fehlte, was naturgemäß das Vertrauen in die Geheimhaltung der Stimmabgabe und die sonstige Sorgfältigkeit der technischen Vorbereitungen der Abstimmungskommission nicht gerade sonderlich stärkte. Die Abstimmungskommission hat jedoch bald zu der Ansicht kommen müssen, wie unpsychologisch dieses Versäumnis in der Kreissparkasse war, und ließ bereits am Montag nachmittag auch dort eine Wahlurne aufstellen. Vorher wurden die Stimmzettel lediglich in Umschlägen gebündelt und offen auf den Tisch gelegt. Man sucht sich allerdings darauf zu berufen, daß für die Vorwahl Urnen nicht unbedingt erforderlich seien, mußte sich jedoch angesichts des an sich schon sehr geringen Zuspruchs zu der Vorabstimmung dazu bequemen, soweit wie möglich das mangelnde Vertrauen einigermaßen durch vernünftige Handhabung der technischen Maßnahmen wieder herzustellen.

Seltsame Praktiken in saarländischen Wahllokalen.

DNB. **Saarbrücken**, 9. Jan. Nachdem schon am ersten Abstimmungstage für die Beamten und ihre Angehörigen, sowie die Insassen der Krankenhäuser und Gefangenenanstalten mit seltsamen Begründungen Stimmen, die einwandfrei für Deutschland waren, für ungültig erklärt wurden, haben sich am Dienstag, dem zweiten Tage, abermals eine Reihe von derartigen Fällen ereignet. Besonders bezeichnend ist ein Fall im Kreise St. Wendel. Als dort die Frau eines Beamten die für die Abstimmung notwendigen Personalpapiere aus ihrer Handtasche nehmen wollte, befand sich unter den Papieren, die die Frau aussortierte, auch eine rote Mitgliedskarte der Deutschen Front. Darauf hin wurde der Frau die Teilnahme an der Abstimmung verweigert.

Die Ausfüllung des Wahlzettels für die Saarabstimmung

DNB. Berlin, 8. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Abstimmungsberechtigte hat auf dem Wahlzettel ein Kreuz in die weiße Kreisfläche des seiner Wahl entsprechenden Feldes mit schwarzem Bleistift zu machen.

Die ursprüngliche Bestimmung der Wahlordnung, daß die Ziffer „1" an dieser Stelle einzusetzen ist, ist durch die Abstimmungskommission aufgehoben worden.

Bekanntgabe des Saarabstimmungsergebnisses am 14. Januar

Saarbrücken, 8. Jan. Wie auf einer von der Abstimmungskommission veranstalteten Pressekonferenz mitgeteilt wurde, ist mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der Saarabstimmung in den späten Abendstunden des 14. Januar (Montag) gleichzeitig in Saarbrücken und in Genf zu rechnen.

(35. Fortsetzung.)

Von irgendwoher wehten die Worte zu dem Manne herüber, der regungslos dastand.

Wenn die Zweifel nicht wären! Diese furchtbaren Zweifel!

Seit wann befand Wellin sich hier?

Plötzlich warf Ernst Oberhof den Kopf zurück. Stolzes Mitleid war in ihm erwacht.

Gisela soll hierbleiben! Wozu Skandal? Wozu fremden Mäulern Sensationsfutter geben? Sie sollen sich um das Eheverhältnis auf dem Oberhof die Köpfe zerbrechen. Was tut das mir? Vielleicht stirbt das Kind. Vielleicht wird es tot geboren. Wie gut das wäre! Denn was hat das Kind solch einer zerrütteten Ehe auf dieser Welt zu suchen? Die Sünden der Eltern rächen sich an ihm.

Ernst Oberhof erschrak vor den furchtbaren Gedanken, die ihn hin- und herrissen, daß er nicht mehr wußte, was recht und unrecht war.

Langsam schritt er endlich weiter, aber die Füße waren ihm wie mit Blei beschwert.

Im Wohnzimmer saß Gisela. Sie war aufgestanden und wartete, matt und bleich im Sessel sitzend, auf ihren Mann.

Jetzt mußte er ihr doch verzeihen!

Die Tür ging auf.

Langsam trat Ernst Oberhof ein.

Gisela sah ihm furchtsam entgegen.

„Ernst, du — weißt —?"

„Ja! Bleib also hier, solange du willst."

Sie erhob sich, wankte zu ihm hin.

„Ernst, es ist — glaube mir — Wellin — gilt mir nichts."

„Möglich! Doch ich scheide in Zukunft bei deinen Experimenten aus. Hier handelt es sich einzig und allein um das Kind. Und da ich nicht weiß —"

„Halt! Ich habe nichts Schlechtes begangen. Nichts, was dir ein Recht gäbe, mich zu beschimpfen. Ich —"

Da dachte sie an die Küsse, die sie mit Wellin getauscht. War das keine Schuld?

Doch! Eine riesengroße Schuld war es! Daran war nichts zu beschönigen.

Ernst Oberhof trat dicht vor seine Frau hin, nahm rauh ihre Hände in die seinen.

„Schwöre mir, Gisela, daß Wellin dich nicht geküßt hat!"

Sie sah ihn an, überlegte blitzschnell, daß hier ein Ausweg sei, und brachte doch kein Wort über die Lippen.

Ernst lachte.

Fast klang's freundlich, dieses Lachen.

„Es ist gut, Gisela, laß das Schwören, lüge nicht noch bei unserem Herrgott! Bleib also hier. Du sollst hier die Herrin nach wie vor sein. Nur zwischen uns beiden — da gibt es keine Brücke mehr. Es wird dich ja nicht weiter treffen."

„Doch! Es trifft mich! Ich kann nicht immer so dahinleben. Ich halte dieses Leben nicht aus."

„Warum nicht? Ich muß es ja auch aushalten."

„Du? Oh, du — hast ja Christa! Sie hilft dir gewiß gern über die Enttäuschung in deiner Ehe hinweg," versetzte sie höhnisch.

Ernst dachte daran, wie Christa sich für diese Frau hier hatte opfern, sie hatte schützen wollen mit ihrer eigenen Ehre, und er rief:

„Schweig! Nimm Christas Namen nicht noch einmal in einem solchen Zusammenhang in den Mund! Hättest du dir lieber an ihr ein Beispiel genommen, wie sie ihre Tage mit der Erfüllung ihrer Pflichten verbringt."

„Ja, sie ist sehr tüchtig, ich weiß," entgegnete Gisela mit zuckendem Munde, „und ich begreife nicht, daß du den Wert Christas nicht eher erkannt und sie geheiratet hast."

Da verließ er das Zimmer.

Gisela aber weinte plötzlich laut auf.

„Er verzeiht mir niemals! Was soll ich noch hier? Ich lebe ja wie eine Gefangene." —

Aber allmählich ging eine seltsame Wandlung in ihr vor.

Sie allein war schuldig! gestand sie sich ein.

Und sie mußte versuchen, Ernsts Liebe wiederzugewinnen. Er hatte sie doch einst so sehr geliebt!

Gisela dachte an die selige Zeit zurück. Verzweifelt sann sie, wann wohl die Zwietracht zwischen ihnen emporgewachsen sei. Und da fand sie wiederum nur ihre eigene Schuld.

Ich muß gutmachen, nahm sie sich vor. Er hat nichts mit Christa, seine Entrüstung war ehrlich. Und so kann ich mir seine Liebe vielleicht doch zurückgewinnen. Ich will sein wie Christa.

Gisela sehnte sich nach des Gatten Liebe, und sie kannte ihn so wenig, daß sie jetzt noch hoffte, diese Liebe wiederzugewinnen.

* * *

Ernst Oberhof blickte befremdet auf, als Gisela am nächsten Tag in einer großen weißen Schürze an ihm vorüberging. Sie trug einen Korb mit Eiern, die sie eben abgezählt hatte, und die Mittag im Kurhotel abgeliefert werden sollten. Später sah er sie, wie sie die Hühner fütterte.

Eine neue Laune! dachte er verächtlich.

Aber als er anderntags im ersten Stockwerk den Gang entlangging, traf er sie in der Leinenkammer, wo sie eifrig das weiße Leinen abmaß, das zu neuen Bettlaken benutzt werden sollte.

Ernst blieb stehen. Da das eine der Mädchen dabei war, sagte er ein paar freundliche Worte zu seiner Frau. Sie wurde rot.

Die kalte Zurückhaltung in ihm blieb jedoch. Sie würde auch nie weichen, denn er vergab Gisela nicht, was sie ihm angetan. Doch es störte ihn auch nicht mehr, daß sie nun hierbleiben würde. Er hatte es so gewollt, und seine Entschlüsse stieß er nicht wieder um.

(Fortsetzung folgt.)